

INFOTICKER

Nr. 34 | 18.10.2010 Neuigkeiten aus dem Brandenburger Parlament

 www.cdu-fraktion-brandenburg.de



**„VERANTWORTUNG VERPFLICHTET.“ BUNDESVERTEIDIGUNGSMINISTER KARL-
THEODOR ZU GUTTENBERG SPRACH ÜBER DIE ZUKUNFT DER BUNDESWEHR.**

„VERANTWORTUNG VERPFLICHTET“



Gemeinsam mit unserer Fraktionsvorsitzenden Dr. Saskia Ludwig und Brandenburger Kommunalvertretern diskutierte Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg diese Woche in Potsdam über die Aussetzung der Wehrpflicht in Deutschland. Er erläuterte anhand eines Modells die Zukunftschancen und -risiken der Bundeswehr und die draus folgenden Konsequenzen.

Aussetzung oder Beibehaltung der Wehrpflicht? Wohl kaum ein Thema wird derzeit in Deutschland sicherheitspolitisch so kontrovers diskutiert, wie die Zukunft der Bundeswehr. Immer mehr Auslandseinsätze, zunehmende Technisierung, seit Jahren sinkende Wehrpflichtigenzahlen haben die

deutschen Streitkräfte an einen Scheideweg geführt. Eine Fortsetzung des Status Quo scheint kaum möglich. Eine tiefgreifende Reform muss her, doch wie soll sie aussehen? Einer, der diesen Prozess aktiv gestalten und der Bundeswehr neue Perspektiven eröffnen will, ist Bundesverteidigungsminister Dr.

Karl-Theodor zu Guttenberg. Er besuchte am Mittwoch Potsdam, um gemeinsam mit der Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg, Dr. Saskia Ludwig, sowie zahlreichen Bundestags- und Landtagsabgeordneten sowie Bürgermeistern der CDU Brandenburg über die anstehende

Reform zu diskutieren. Eine Veränderung, von der er selbst sagt, er habe sie sich nicht ausgesucht. „Glauben Sie mir, ich musste in den letzten Monaten zu etwas kommen, das ich gar nicht wollte“, umriss der bekennende Anhänger der Wehrpflicht das Dilemma, in dem er auch die CDU/CSU sieht. „Wir sind die Partei der Inneren und Äußerer Sicherheit, die Partei der Wehrpflicht. Diese Verantwortung verpflichtet und deshalb müssen wir uns den veränderten Rahmenbedingungen stellen. Unsere Soldaten haben genug von ständigen Transformationsprozessen, sie wollen Gestaltungskraft und Perspektiven.“

TIEFGREIFENDE REFORM DER BUNDESWEHR

Guttenberg stellte klar, dass es aus seiner Sicht keine andere Wahl als eine tiefgreifende Reform der Bundeswehr gebe. Die Bundeswehr stehe mit dem Rücken an einer Wand, die sich bereits zu neigen beginne, beschrieb der Verteidigungsminister die Ergebnisse einer zweistufigen Analyse seines Hauses. „Wir haben völlig ergebnisoffen geprüft, wie der aktuelle Stand der Bundeswehr ist und vor welchen sicherheitspolitischen Herausforderungen sie steht. Das Ergebnis war ernüchternd.“ Jahrelang habe sich die Bundeswehr von einem Bundeshaushalt zum nächsten gerettet. „Es regierte das Prinzip Hoffnung.“ Dass es überhaupt noch so gut funktionierte, sei vor allem der Leistungsbereitschaft und Erfahrung der Soldaten und zivilen Mitarbeiter geschuldet. „Wenn wir es so weiterlaufen lassen, fährt die Bundeswehr sehenden Auges in den Abgrund.“ Gestalten und nicht weg verwalten,

laute deshalb sein Motto. Zu Guttenberg sprach sich für eine Betrachtung von unten aus. „Mit welchen Mitteln lassen sich unsere sicherheitspolitischen Ziele - Landes- und Bündnisverteidigung, Schutz der Heimat und Auslandseinsätze - sicherstellen? Was brauchen wir mindestens an Personal, Ausrüstung, Infrastruktur und Ausbildung?“ Erst jetzt komme die Frage der Wehrform, sagte der Verteidigungsminister und stellte klar: „Die Wehrpflicht war und ist de facto ein Erfolgsmodell.“ Sie sei aber mit den sicherheitspolitischen, gesellschaftlichen und verfassungsrechtlichen Realitäten nur noch schwer vereinbar. „Wenn nur noch 16% eines Jahrgangs Wehrdienst leisten, kann man wohl kaum noch von Wehrgerechtigkeit sprechen“, so zu Guttenberg. Er forderte deshalb eine Anpassung der Wehrform an die

sicherheitspolitischen Entwicklungen der letzten 20 Jahre.

STEIGERUNG DER ATTRAKTIVITÄT

Als Ergebnis der Analyse präsentierte zu Guttenberg ein mehrstufiges Modell mit einer Untergrenze von 163.500 Zeit- und Berufssoldaten. Eine Truppenanzahl, mit der die Bundeswehr bei entsprechender Ausgestaltung und Attraktivität des Dienstes sogar besser aufgestellt wäre als heute, sagte der Verteidigungsminister. Er sprach sich dafür aus, die Wehrpflicht im Rahmen dieses Konzeptes auszusetzen, auch wenn dies gerade „uns Unionspolitikern schwer“ falle. „Wir beschreiten damit einen Weg, den alle Nato-Partner gegangen sind bzw. gehen. Die Bundeswehr braucht endlich eine tragfähige Perspektive.“ *ps*



„Wir müssen die Wehrpflicht ruhen lassen. Sie muss aber im Grundgesetz verankert bleiben“, sagte zu Guttenberg.



Brandenburgs Oberbürgermeisterin Dr. Dietlind Tiemann (Mitte) sprach sich gegenüber zu Guttenberg dafür aus, die Kommunen bei der Verwaltung von Objekten geschlossener Bundeswehrstandorte nicht allein da stehen zu lassen.

LANDESREGIERUNG FEHLT ES AN HANDLUNGSWILLEN UND MUT

» [Rede jetzt ansehen.](#)



In ihrer ersten Lesung haben die Abgeordneten im Brandenburger Landtag über den Haushalt für das Jahr 2011 beraten. Unsere Fraktionschefin Dr. Saskia Ludwig forderte von Ministerpräsident Matthias Platzeck endlich das klare Bekenntnis zu den künftigen Arbeitsschwerpunkten der rot-roten Landesregierung.



CDU-Fraktionschefin Dr. Saskia Ludwig kritisierte das planlose Handeln der rot-roten Landesregierung.

„Definieren Sie endlich die Kernaufgaben von Brandenburg!“, forderte die CDU-Fraktionschefin im Parlament.

NEUE SPITZENVERSCHULDUNG

Sie kritisierte das konzeptlose Handeln der Brandenburger Regierung. Auf Fragen wie die voranschreitende Überalterung der Bevölkerung im ländlichen Raum, die Zukunft der

Braunkohleindustrie in Brandenburg und Zukunftstechnologien lasse diese bisher jegliche Antworten vermissen. Eine neue Spitzenverschuldung von 650 Millionen Euro und ein Ausgabenrekord von 10,5 Milliarden Euro seien die traurige Bilanz von einem Jahr rot-roter Regierung. Die CDU-Fraktion, so Ludwig, werde das Ziel der Schuldenbremse weiter verteidigen. Ab dem Jahr 2014 soll

Brandenburg keine weiteren Schulden mehr anhäufen. „Der Haushalt 2011 ist im Prinzip die letzte realistische Chance für Weichenstellungen, wenn wir dieses Ziel erreichen wollen“, erklärte Ludwig. Mit ihrem vorgelegten Haushaltsentwurf für das Jahr 2011 habe die Landesregierung diese Chance jedenfalls nicht genutzt.

CDU-KONZEPTE WERDEN BLOCKIERT

„Mit unseren Konzepten zur Polizei-reform und im Bildungsbereich, dem Mittelstandfördergesetz, Lösungsansätzen zur Sicherung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum oder die Schuldenbremse haben wir gezeigt, wie es gemacht werden kann“, sagte Ludwig.

Der Landesregierung dagegen fehle es an Gestaltungswillen und Mut. Alle bisherigen Vorschläge von Seiten der CDU-Opposition habe sie abgeblockt. „Unabhängig davon werden wir weiterhin eine konstruktive Oppositionsarbeit anbieten“, kündigte Ludwig an. Denn die CDU-Landtagsfraktion handle, im Gegensatz zu der rot-roten Platzeck-Linksregierung, im Interesse aller Brandenburgerinnen und Brandenburger. cs

MEHR ARBEIT, WENIGER GELD FÜR DIE HOCHSCHULEN

ROT-ROTE LANDESREGIERUNG WENDET SICH NOCH WEITER VON DEN BRANDENBURGER HOCHSCHULEN AB

In ihrer letzten Sitzung haben die Abgeordneten im Brandenburger Landtag über eine Änderung des Brandenburgischen Hochschulgesetzes beraten. Nachdem im vergangenen Jahr Tausende Studenten bundesweit für bessere Studienbedingungen demonstriert hatten, entschlossen sich die Länder in der Kultusministerkonferenz zu Kurskorrekturen im Bolognaprozess. Dieser regelt die Umstellung der Studiengänge auf international einheitliche Bachelor- und Masterabschlüsse. Obwohl das Brandenburgische Hochschulgesetz aufgrund seiner guten Ausgestaltung kaum Korrekturen erfordert, will die rot-rote Landesregie-

rung unbedingt neue Genehmigungsverfahren durchdrücken. Diese würden zu noch mehr Bürokratie führen und die



Mehr Studenten, aber weniger Geld und mehr Bürokratie. So sieht der Plan der rot-roten Koalition aus.

Hochschulen in ihrer Entscheidungsgewalt weiter einschränken. Mehr Masterstudienplätze, aber weniger Geld für die Hochschulen – so sieht der Plan der Landesregierung aus. Diesem stimmte die rot-rote Mehrheit im Landtag dann auch zu. Die Betreuungssituation an den Hochschulen wird sich damit weiter verschlechtern, denn an den Universitäten wird der Lehrende nun noch mehr Studenten betreuen müssen. Mehr Geld gibt es für die Hochschulen dafür nicht. Damit wendet sich die Landesregierung von ihrer gern propagierten Schwerpunktsetzung im Bereich der Wissenschaft endgültig ab. cs

SCHULDENBREMSE – RETTUNG VOR DEM STAATSBANKROTT

Mit einem gemeinsam eingebrachten Gesetzesentwurf wollten die Oppositionsfractionen im Brandenburger Landtag die vom Bund gesetzlich vorgeschriebene Schuldenbremse in der Brandenburger Landesverfassung verankern.

Die hohe Verschuldung der öffentlichen Haushalte werde von vielen Bürgern als ernsthafte Bedrohung angesehen, erklärte unser finanzpolitischer Sprecher Ludwig Burkardt im Plenum. Sie erwarteten zu Recht, dass die Politik wirksame Maßnahmen ergreife, um vorhandene Finanzdefizite schnellstmöglich zu reduzieren. Auch die Rechnungs-

höfe der Länder hätten eine schnelle Umsetzung angemahnt.

Die Verankerung in der Landesverfassung wäre ein klares und unmissverständliches Zeichen, dass sich der Landtag und damit auch die rot-rote Koalition an die Vorgaben der Schuldenbremse gebunden fühlt. Ein Blick in die mittelfristige Finanzplanung zeigt, dass bis 2014 die Ausgaben des Landes deutlich gesenkt werden müssen, um einen Handlungsspielraum für die Zukunft zu erhalten. Das Bundesland Schleswig-Holstein hat übrigens mit SPD-Stimmen bereits die Schuldenbremse zügig in seiner

Landesverfassung verankert. In Rheinland-Pfalz fassten alle Fraktion Mitte September diesen Entschluss. Letztlich ist die Schuldenbremse ein Zeichen politischer Glaubwürdigkeit. Will die rote Koalition bzw. Landesregierung die Neuverschuldung tatsächlich bis 2014 auf Null zurückfahren und danach dauerhaft keine neuen Schulden aufnehmen, dann muss sie zeigen, dass sie es tatsächlich ernst meint. Der überzeugendste Weg ist, die Schuldenbremse bereits 2010 in der Landesverfassung zu verankern. Aber dies lehnte die rot-rote Mehrheit ab. *Mehr zur Schuldenbremse auf Seite 6.*

Infoticker erklärt die wichtigsten Fakten zum gemeinsamen Gesetzesentwurf von CDU, FDP und Bündnis90/Die Grünen. Eckpunkte des Gesetzesentwurfs:

Die vom Bund gesetzlich vorgeschriebene Schuldenbremse wird auch in der Landesverfassung verankert. Das bedeutet:

- Der Haushalt ist grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen (Strukturelles Neuverschuldungsverbot)
- Bei konjunkturellen Schwankungen sind die Auswirkungen auf den Haushalt entsprechend zu berücksichtigen (Konjunkturkomponente)
- In außergewöhnlichen Notsituationen - wie z.B. Naturkatastrophen - ist eine Kreditaufnahme erlaubt, deren Tilgung aber in einer angemessenen Frist zu erfolgen hat (Ausnahmeregel)

Ergänzende Regelungen für Brandenburg

- Nettokreditaufnahme letztmalig im Jahr 2014 zulässig, ab 2015 tritt die Schuldenbremse in vollem Umfang in Kraft
- Schutz der Kommunen vor einseitigen Belastungen durch die Einführung der Schuldenbremse
- Landesregierung soll bei allen Abstimmungen im Bundesrat die Vorgaben der Schuldenbremse berücksichtigen
- Kreditaufnahmen dürfen nicht auf Sondervermögen, Landesbetriebe oder landeseigene Gesellschaften verlagert werden

GEZIELTE HILFESTELLUNG FÜR ARBEITSUCHENDE MENSCHEN

Während ihres Arbeitsbesuchs im Süden Brandenburgs informierte sich unsere arbeitsmarktpolitische Sprecherin Roswitha Schier über Qualifizierungsprojekte für Arbeitsuchende. „Die Arbeitsförderung ist wichtig, um arbeitslose Menschen nicht nur zu betreuen, sondern ihnen gleichzeitig einen Übergang in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu ermöglichen. Ein besonderes Augenmerk muss dabei auf die Altersgruppe der 15- bis 30 Jährigen gelegt werden“, sagte Schier während ihres Gesprächs mit Dr. Bernd Rehan, Chef der Wirtschaftsentwicklungs- und Qualifizierungsgesellschaft (Wequa) in Lauchhammer. Das Nachholen von Berufsabschlüssen sei dabei genauso wichtig, wie die Vermittlung von Werten wie Pünktlichkeit und Leistungsbereitschaft. „Angesichts eines steigenden Fachkräftemangels können wir es uns nicht leisten, die junge Generation sich selbst zu überlassen. Dort, wo Hilfestellung nötig ist, müssen wir uns einbringen und über gezielte Projekte Möglichkeiten aufzeigen“, sagte die arbeitsmarktpolitische Sprecherin. Die Arbeit der Wequa in Lauchhammer sei dafür ein

gutes Beispiel, so Schier weiter. Das „Lotsendienst-Projekt“ der Wequa begleite Existenzgründer von der Idee bis zur Umsetzung. Hierbei vermittele die WEQUA erforderliche Qualifizierungs-, Beratungs- und Coaching-Maßnahmen. Nach Angaben von Bernd Rehan liegt die Gründungsquote bei beachtlichen 80 %.

„Das ‚Lotsendienst-Projekt‘ fördert die Kreativität und Bereitschaft der Teilnehmer, etwas Neues zu beginnen, und hilft, das Unternehmensrisiko durch eine gezielte Begleitung zu minimieren“, lobte Roswitha Schier. In einem weiteren Projekt der Wequa-Tochter „Horizont-Sozialwerk für Integration“ werden über 25-jährige, die Hartz-IV-Leistungen beziehen, betreut. Ziel sei es, so Geschäftsführer Karsten Lange, diese Menschen über eine längere Zeit in eigenen Werkstätten intensiv zu betreuen. An deren Ende stehe im Idealfall eine Beschäftigung auf dem freien Arbeitsmarkt. Lange betonte, dass die Tätigkeit in den Werkstätten eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sei und die Projektteilnehmer somit ihre Pflichtbeiträge selbst erarbeiteten.

red/cs



Unsere arbeitsmarktpolitische Sprecherin Roswitha Schier (2.v.r.) während ihres Besuchs bei der Wequa in Lauchhammer.

FINANZMINISTER HEBT HAUSHALTSSPERRE AUF

Als längst überfälligen Schritt hat der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg, Ludwig Burkardt, die Aufhebung der Haushaltssperre durch Finanzminister Helmuth Markov bezeichnet. Aus seiner Sicht habe bereits die Hochrechnung vom 30.06.2010 jegliche Begründung für die Haushaltssperre ad absurdum geführt.

„Warum Herr Markov in Anbetracht einer von ihm selbst eingestellten und nicht geplanten Rücklage von 250 Millionen Euro die Haushaltssperre nicht bereits vor Monaten aufgehoben hat, bleibt sein Geheimnis. Mit seiner panischen Entscheidung für eine Haushaltssperre hat er einen verheerenden Flurschaden angerichtet. Überall in Brandenburg standen und stehen Projekte still, da die Finanzierung vom Land fehlte. Dafür muss Herr Markov die Verantwortung übernehmen.“

Mit Verwunderung reagierte Burkardt auf die Aussage Markovs, dass in seinen Berechnungen „saldiert auch der vollständige Ausfall der EU-Erstattungen für den Europäischen Sozialfonds (ESF) in Höhe von 142 Millionen Euro im laufenden Haushaltsjahr“ enthalten sei. Er werte dies als Eingeständnis des Landes, dass die Gelder verloren seien, sagte Burkardt und forderte Finanzminister Markov und Sozialminister Baaske auf, diesen Sachverhalt umgehend klarzustellen. „Seit Monaten doktert Herr Baaske nun schon ergebnislos am LASA-Datendebakel herum. Immer wieder wurde uns erklärt, dass die Gelder nicht in Gefahr seien. Das Gegenteil scheint nun der Fall zu sein. Sollten die EU-Mittel tatsächlich verloren sein, wäre dies ein weiterer handfester Skandal der rot-roten Landesregierung.“

LANDESVERBAND GARTENBAU BRANDENBURG E.V. (LVG) ZU GAST IM ARBEITSKREIS

Potsdam - In ihrer letzten Sitzung empfangen die Mitglieder des Arbeitskreises III „Inneres, Recht, Europa, Medien sowie Landwirtschaft, Umwelt- und Verbraucherschutz“ der CDU-Fraktion

im Landtag Brandenburg Jörg Kirstein, Präsident des Landesverbandes Gartenbau Brandenburg e.V., sowie den Geschäftsführer, Dr. Andreas Jen-

de. Gemeinsam mit den Abgeordneten wiesen beide Vertreter auf die Bedeutung des Gartenbaus für Brandenburg hin und erörterten die Wichtigkeit des Versuchswesens für die mittelständischen Produktionsbetriebe.

„Die Gartenbaubetriebe in Brandenburg müssen auch zukünftig auf Ergebnisse

der anwendungsorientierten Forschung zurückgreifen können.

Das obstbauliche Versuchswesen, wie z.B. die LVLF-Prüfstelle in Müncheberg, ist dafür unerlässlich. Vor dem Hinter-

grund des Klimawandels gilt es, neue Obstsorten auf ihre Anbautauglichkeit unter den bei uns vorherrschenden Standortbedingungen zu prüfen. Die zahlreichen

kleinen und mittleren Gartenbaubetriebe können dies allein nicht leisten. Deshalb brauchen wir in Brandenburg ein funktionierendes Versuchswesen im Gartenbau“, so Kirstein.

Das Versuchswesen und insbesondere die LVLF-Prüfstelle in Müncheberg waren bereits mehrfach Thema im

zuständigen Landwirtschaftsausschuss des Landtages.

Die Landesregierung sagte den Mitgliedern des Ausschusses ein Gesamtkonzept zur Entwicklung des Landesamtes zu. Darin müsse sie sich auch zur künftigen Bedeutung des Gartenbaus in Brandenburg wiederfinden, so der Vorsitzende des Arbeitskreises, Henryk Wichmann.

“ DER GARTENBAU ERWIRTSCHAFTET AUF CIRCA EINEM PROZENT DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN FLÄCHE IN BRANDENBURG EIN FÜNFTTEL DER GESAMTEN WERTSCHÖPFUNG DER PFLANZLICHEN PRODUKTION DER LANDWIRTSCHAFT.

VERBANDSPRÄSIDENT JÖRG KIRSTEIN



Arbeitskreisleiter Henryk Wichmann und seine Kollegin Barbara Richstein im Gespräch mit den Mitgliedern des Landesverbandes Gartenbau Brandenburg e.V.

BÜRGERBÜRO

WIR FREUEN UNS AUF IHREN BESUCH!

In unserer Bürgerlounge sind wir montags bis freitags von 10 bis 16 Uhr für Sie da, individuelle Terminvereinbarungen sind möglich. Vertrauensvoll und kompetent nehmen unsere Mitarbeiter Ihr Anliegen entgegen und beantworten Ihnen gern Ihre Fragen rund um die CDU-Fraktion und Fachthemen im Landtag Brandenburg.

Weiterhin sind wir Ihnen bei konkreten Gesprächswünschen mit unseren Abgeordneten sowie der Kontaktaufnahme mit den Bürgerbüros in den Wahlkreisen behilflich.

Bürgerbüro

CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg
Am Havelblick 8
14473 Potsdam

Tel.: 0331 / 966 14 50
Fax: 0331 / 966 14 07
pressestelle@cdu-fraktion.brandenburg.de
www.cdu-fraktion-brandenburg.de

Redaktion INFOTICKER
CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg
Pressestelle
Am Havelblick 8
14473 Potsdam

V.i.S.d.P.: Patrick Schweitzer
Layout: Fraktion
Fotos: Fraktion, Frenkel, Seite 5 pixelio.de/
www.jenafoto24.de